



Unsere

PERSPEKTIVEN

für die

Schweiz

JUNG, ENGAGIERT, LIBERAL

Loa Wild, JGLP-Präsidentin im Portrait

Ab Seite 10



© ZVG

© Ruben Sprich

Wie der Alltag unseres Kanzlers Viktor Rossi aussieht und wer ihn zum Kochen bringt.

Ab Seite 2

Kantonsrätin Tabea Estermann lüftet das Erfolgsgeheimnis der Schweiz.

Seite 7

Viel Spass beim Lesen unserer ersten Zeitung.



Liebe Leserin, lieber Leser

Viel Freude beim Stöbern in der ersten GLP-Zeitung! Lerne unsere neue JGLP-Präsidentin Loa Wild auch von ihrer musikalischen Seite her kennen, begleite Bundeskanzler Viktor Rossi durch seinen Arbeitsalltag und entdecke neue Ideen aus der GLP. Begleite uns ins Berner Oberland und in die Zentralschweiz – und erfahre, mit welchen Lösungen wir die Herausforderungen unserer Zeit anpacken. Wir zeigen dir, warum wir dir wärmstens empfehlen, die Familienzeit- und Internet-Initiative zu unterschreiben.

Die Schweiz ist zwar vielerorts auf gutem Weg. Auf dem bilateralen Weg zum Beispiel, den wir mit den Bilateralen III für die Zukunft absichern können. Der Gegenwind ist allerdings stark und wir brauchen unsere ganze Kraft, um ins Ziel zu kom-

men. Und ja, wir sind auf dem Weg hin zum Netto-Null-Ziel. Aber wir kommen zu langsam vorwärts und es tauchen immer wieder neue Hindernisse auf – wie zum Beispiel die Rückkehr zu Verbrennungsmotoren, Ölheizungen und neuen Atomkraftwerken. Dies, obwohl der Beweis erbracht ist, dass die Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien funktioniert. Die GLP geht den erneuerbaren Weg beharrlich weiter, ohne zusätzliche Gefahr, ohne zusätzlichen radioaktiven Abfall und ohne zusätzliche schädliche Atom-Subventionen.

Die schönen Bilder vom Thunersee in der Zeitung sollen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir alle unsere Gewässer belasten, auch wenn wir mit dem Elektroauto fahren, in der Freizeit wandern gehen oder weniger Fleisch essen. Wir von der GLP sind die Letzten, die das verbieten wollen. Aber wir wollen bewusst handeln und die Folgen unseres Tuns und Lassens kennen. Dazu verlangt die GLP verlässliche Fakten. Sie bilden die Grundlage unseres Handelns. Denn nur wenn wir

wissen, wie sich Reifenabrieb reduzieren lässt, können wir auch die Mikroplastikbelastung senken. Nur wenn wir Wege finden, Outdoorjacken PFAS-frei und trotzdem funktional zu machen, lassen wir niemanden im Regen stehen. Und wenn wir zeigen können, wie Landwirtschaft mit weniger Belastung für die Umwelt möglich ist, schützen wir nicht nur unsere Natur, sondern auch die Gesundheit der Bäuerinnen und Bauern.

Nachhaltig gelingt das nur, wenn wir neue Technologien nutzen, gemeinsam mit der Wirtschaft vorangehen und Innovationen fördern. Oder anders gesagt: Wir wollen nicht das Fliegen verbieten – denn auch das muss dereinst CO₂-neutral werden. Sondern wir wollen dafür sorgen, dass neue Ideen flügge werden!

In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spass beim Lesen, beim Entdecken und beim Gestalten unserer Zukunft.

Euer Jürg Grossen
GLP-Präsident

Beim Gipfeli ist die Regierung beim Du

Er kennt sich im Wankdorf so gut aus wie im Bundeshaus

- Mit Viktor Rossi, Bundeskanzler

Eines vorweg: Man sieht es ihm nicht an, aber er ist älter als der Bundesrat. Nicht er persönlich natürlich. Sein Amt gab es jedoch schon, bevor die moderne Schweiz gegründet wurde. Eigentlich müsste uns der Bundeskanzler somit bestens bekannt sein, aber was seine Aufgabe ist, erschliesst sich nicht sofort.

Fragen wir also denjenigen, der dieses Amt seit Anfang 2024 innehat: Viktor Rossi. Bereits zuvor sass Rossi als Vizekanzler im Bundesratszimmer an der wöchentlichen Sitzung der Landesregierung. Seit zwei Jahren ist der Berner sogar mit auf dem offiziellen Bundesratsbild. Den GLP-lern ist Rossi natürlich bestens bekannt.

Schliesslich ist er seit Jahren Parteimitglied. Andere fragen sich, weshalb acht Leute auf dem Foto der siebenköpfigen Regierung sind. Ist Rossi also quasi erster Ersatz?

Nein, aber selbst er räumt ein, dass es nicht einfach ist, in wenigen Sätzen zu erklären, was die Aufgaben eines Bun-



▲ Bundeskanzler Viktor Rossi (r.) im Gespräch mit Weibel Carlo Pfister.



▲ Viktor Rossi im Ständeratssaal.

deskanzlers sind. «Dass ich der Stabschef unserer Gesamregierung bin, bringt schon viel zum Ausdruck», nimmt er einen Anlauf, um dann zu betonen, es gehe darum, die Landesregierung beim Regieren zu unterstützen. Doch was so einfach gesagt sei, nehme im Alltag sehr viele anspruchsvolle und oft unerwartbare Formen an.

Er ist weder Merkel noch Merz

Mit Blick auf unser nördliches Nachbarland ist es schwierig sich vorzustellen, dass Rossi anders als ein deutscher Bundeskanzler nicht der Chef der Regierung ist, sondern vielmehr deren Unterstützer. Er verhehlt nicht, dass dies auch so manchen Würdenträgern im Ausland unklar sei und sich darum vielleicht sogar einmal eine Türe öffne, die sonst vielleicht verschlossen bliebe.

Und irgendwie wirkt Viktor Rossi auch sehr staatsmännisch – gerade, wenn ihm sein Bundesweibel Carlo Pfister etwas vorbeibringt. Das hat etwas Pompöses, aber ohne Protz.

Nicht selten bringt der gelernte Koch Carlo Pfister Kanzler Rossi etwas zu essen. Wie sein Weibel hat auch Rossi eine Kochlehre absolviert. Die beiden verbindet aber noch mehr: Italien. Wobei: Eigentlich war es in Pfisters Fall vielmehr der Vatikanstaat. Hier war er bei der Schweizergarde tätig. Rossi pflegt zu scherzen, wie das halt so sei, gebe es nach dem Papst eigentlich nur noch

eine Karrierestufe, «und die hat Carlo genommen und ist zum Bundeskanzler gekommen».

Möge die katholische Kirche ihm verzeihen, dass er sich im Scherz über den Heiligen Vater stellt. Rossis eigener Vater und dessen Familie, die aus der Region von Napoli kommt, ist jedenfalls der Grund für die Verbindung des Kanzlers zu Italien – und für seine Doppelbürgerschaft.

Napoli ist für den 57-Jährigen nicht bloss eine zweite Heimat mit gutem Essen – «Spaghetti aglio e olio con peperoncino» – sondern für den Fussballfan auch ein Hoffnungsgeber: Möge bei YB der Erlöser ebenfalls vorbeikommen, wie ein Diego Armando Maradona. Dessen Verehrung zeigt in der Stadt am Vesuv durchaus religiöse Züge.

Bislang lässt sich in der Bundesstadt aber kein solcher Retter blicken, was dem Feuer Rossis für den BSC Young Boys keinen Abbruch tut. «YB ist natürlich eine Herzblut-Angelegenheit für mich. Ich geniesse die Spiele mit meiner ganzen Familie. Das Wankdorf ist für mich ein Ort, an dem ich Energie tanke. Einer, an dem ich Emotionen rauslassen kann, die man sonst im Alltag, im Sitzungszimmer etwa, nicht akzeptieren würde», sagt Rossi lachend.

Nach der Sitzung ist vor der Sitzung

Damit sind wir wieder im Bundeshaus-West. Hier trifft sich der Bundesrat meist

mittwochs zur ordentlichen Sitzung. «Ich bin mitverantwortlich dafür, dass er dort die bestmöglichen Entscheidungsgrundlagen hat», versucht sich Rossi ein weiteres Mal im Stellenbeschrieb – um diesen gleich wieder zu verkomplizieren: «Es gibt zwei Bundeskanzler-Leben, wenn man das so sagen will.» Das eine sei das strukturierte, das sich um die Bundesratssitzung drehe. Deren Vorbereitung fange für ihn jeweils in der Vorwoche an. Schon am Donnerstagmorgen, es sei alles durchstrukturiert bis zur Vorbereitungssitzung am Dienstagabend mit dem amtierenden Bundespräsidenten, also aktuell Guy Parmelin.

«Und dann ist da der eher unstrukturierte Teil.» Die vielen Gespräche zum Beispiel, die es braucht, damit allen Ansprüchen Rechnung getragen werden kann und die komplizierte politische Maschine läuft. Und dann obliegen der Bundeskanzlei noch viele andere Aufgaben. Beispielsweise ist sie zuständig für die politischen Rechte und das, was mit diesen zusammenhängt. «Initiativen, Referenden und die Weiterentwicklung dieser Rechte.» Zur Weiterentwicklung der Rechte gehört unter anderem das E-Voting. Für den E-Voting-Versuchsbetrieb unterstützt die Bundeskanzlei (BK) die vier Versuchskantone St. Gallen, Thurgau, Graubünden und Basel-Stadt. Die seit 2023 bisher durchgeführten 11 Urnengänge verliefen positiv. In Basel-Stadt erlitt E-Voting bei der Abstimmung im März jedoch einen Rückschlag. ▶



Was zählt, ist der Teller vor dem Gast.

► Rossi will nicht von einem Rückschlag reden. Er sagt «Zwischenfall». Schliesslich ist die elektronische Stimmabgabe noch im Versuchsbetrieb, da können Fehler passieren. Aufgrund der bewusst eng gesetzten Rahmenbedingungen sollen sich diese nur sehr beschränkt auf das Gesamtergebnis auswirken. Wichtig war insbesondere, dass der Fehler ausserhalb des E-Voting-Systems, welches von der Post geführt wird, geschehen ist. Jetzt gehe es darum herauszufinden, wes-

Nachdem bei Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen verschiedentlich Unterschriften gefunden worden waren, die gefälscht sein dürften, hat dieses Vertrauen gelitten. An Rossi ist es in solchen Fällen jeweils, dieses mit seiner unaufgeregten Art wieder herzustellen.

Hier, so lässt Rossi durchblicken, profitiert er heute noch von seiner Ausbildung bei Ernesto Schlegel im Restaurant Du Théâtre in Bern. «Da sind manchmal die Zoggel geflogen in der Küche.» Das sei halt noch alte Schule gewesen. «Ich sage gäng, es gab da auch noch nonverbale Kommunikation.» Aber er habe dort viel fürs Leben gelernt. «Was zählt, ist der Teller vor dem Gast. Er ist das Ergebnis der Arbeit von so vielen. Wenn das Team nicht optimal harmonisiert, sieht er nie gut aus. Vor allem schmeckt er nie so, wie man selbst den Anspruch hat und wie das der Gast erwartet.» Habe es das Team vergeigt, «wird das nicht Monate später im Jahresgespräch diskutiert, sondern dann kommt das Feedback zusammen mit dem Teller sogleich zurück».

Für eine Bundesrätin hat er schon gekocht

Rossis Ausbildungsstätte hatte einen exzellenten Ruf. Auch der Bundesrat ging dort essen. So kam es, dass der heutige Kanzler während seiner Lehre einmal auf dem Landgut Lohn im bernischen Kehrsatz für Bundesrätin Elisabeth Kopp kochen durfte. Für den Gesamtbundesrat hat Viktor Rossi jedoch noch nie Essen zubereitet. Und dies, obwohl er seine Gspänli aus der Regierung nicht bloss wöchentlich isst: Nach der Bundesratssitzung isst die Landesregierung auch zusammen.

Und wie ist der Bundeskanzler eigentlich grünliberal geworden?

«Ich war 2008 Rektor einer Berufsfachschule in Biel. Mich hat der Slogan überzeugt: Nicht links, nicht rechts, sondern

vorwärts.» Für ihn sei die Politik damals viel zu sehr von diesem Links-Rechts-Schema geprägt gewesen. So sei er an den Gründungsanlass der Sektion Biel-Seeland gegangen. «Ich weiss gar nicht mehr, wie und wo ich den Slogan aufgeschnappt habe, aber ich fand ihn interessant, bin hingegangen und die Leute, die ich dort getroffen habe, haben mich überzeugt. Das war der Tag, an dem ich GLP-Mitglied geworden bin.»

Für den Kanzler ist es normal, dass man sich innerhalb der Partei du sagt. Während der Bundesratssitzungen wird aber gesiezt. Und das auch, wenn zwei Personen der selben Partei angehören. Rossi begrüsst das: «Man verhindert so eine Kaffeerrundenstimmung. Jede und jeder ist sich bewusst, dass man in dieser Sitzung eine institutionelle Rolle wahrnimmt. Man sitzt dort als Departementschef oder -chefin. Man tagt da als Gesamtregierung.» Mit dem Siezen bringe man das zum Ausdruck. «Wenn wir dann zum Mittagessen gehen, aber auch schon vor der Bundesratssitzung und in der Kaffeepause ist man per du.»

Und, betont der Bundeskanzler, die Kaffeepausen könnten enorm wichtig sein, wenn sich die Regierung zum x-ten Mal über ein Dossier beuge, aber nicht weiterkomme. Kurz den Kopf lüften, Einzelgespräche dazu führen, vielleicht aber auch etwas anderes besprechen, und plötzlich löst sich der Knopf.

Man merkt, wichtig ist dem kochenden Kanzler das Kulinarische. Doch wen auf dieser Welt würde der Bundeskanzler gerne einmal bekochen? Den YB-Erlöser etwa, wenn er denn jemals kommen sollte? Viktor Rossi lacht verschmitzt, blinzelt und sagt: «Auf den Erlöser warten will ich nicht. Aber mit dem Berndeutsch-Schriftsteller Pedro Lenz über sein Maradona-Buch zu sprechen, das wäre mir ein Vergnügen.» ■



▲ Rossi und Pfister «im Schuss».

halb man in Basel-Stadt verschiedene elektronisch abgegebene Stimmen nicht auslesen konnte. «Ich war am Abstimmungssonntag wohl nicht der Einzige, der froh war, dass die Abstimmungsergebnisse nicht so knapp waren, dass es aufs Basler E-Voting ankam.»

Der Kanzler stellt klar: «Ich nehme den Basler Fall sehr ernst.» Denn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie sei zentral.

«Frei, nicht isoliert»

Warum Unabhängigkeit nicht Abschottung bedeutet

• Mit Céline Weber, Nationalrätin (VD)

Was bedeutet für dich eine starke Schweiz im Zentrum Europas?

Das ist eine Schweiz, die souverän ist und selbst entscheiden kann. Das bedeutet folglich auch, dass sie bei Verhandlungen mit am Tisch sitzt, wenn Entscheide getroffen werden, die sie betreffen.

Wie steht die GLP zur «10-Millionen-Schweiz»-Initiative?

Wir sind gegen diese Initiative. Nicht unbedingt, weil wir um jeden Preis 11 Millionen Menschen in unserem Land haben wollen, sondern weil die Volksinitiative eine starre Obergrenze in der Verfassung verankern will. Warum ausgerechnet 10 Millionen und warum jetzt? Wer wären wir, wenn wir den unterschiedlichen Schweizer Regionen eine solche Zahl aufzwingen wollten – oder gar künftigen Generationen? Ich tue mich schwer mit der Vorstellung, dass die Schweiz von heute die beste Version ihrer selbst sein soll und dass man sie in der Verfassung einfrieren muss. Zudem würde die Initiative die bilateralen Abkommen mit der EU, insbesondere die Personenfreizügigkeit, gefährden.

Aber vielen bereitet das Bevölkerungswachstum Sorge.

Ich bestreite nicht, dass das Wachstum eine Reihe von Herausforderungen mit sich bringt, aber wir lösen diese nicht,

indem wir einen willkürlichen Schwellenwert festlegen. Unsere Partei schlägt im Gegenteil pragmatische Lösungen vor, um das Arbeitskräftepotenzial, über das wir im Land verfügen, besser auszunutzen. Das kann mit Anreizen geschehen, in Berufen, in denen das möglich ist, übers Rentenalter hinauszuarbeiten oder mit Massnahmen zur Pensenerhöhung bei Teilzeitarbeitenden.

Europa hat für die GLP auch einen Sicherheitsaspekt – welchen denn genau?

Die Schweiz liegt im Herzen Europas – sie kann nicht wegziehen. Wir müssen ehrlich sein: Aufgrund unserer geografischen Lage profitieren wir von der europäischen Sicherheitsarchitektur. Wir können uns weiterhin einreden, wir seien nicht gefährdet, weil uns andere de facto schützen. Aber warum sollten sie das auf Dauer tun, wenn wir unseren Beitrag nicht leisten? Wir müssen darauf achten, dass wir nicht zum Trittbrettfahrer Europas werden.

Sind diese Engagements mit der Schweizer Neutralität vereinbar?

Absolut. Es handelt sich um Friedensförderungs- und Friedenssicherungseinsätze, die einen Auftrag der Uno erfüllen. Das widerspricht unserer Neutralität in keiner Weise.

Kritiker befürchten bei einer Annäherung an die EU einen Souveränitätsverlust. Du auch?

Ich sehe eher ein Risiko für unsere Souveränität, wenn wir uns von Europa entfernen. Man darf sich nichts vormachen: Wir sind ein kleines Land mit einem kleinen Binnenmarkt. Schon heute übernehmen wir sehr viele EU-Normen, damit wir ungehindert exportieren können – nur



▲ Nationalrätin Céline Weber.

haben wir bei der Ausarbeitung dieser Normen kein Mitspracherecht. Die neuen Bilateralen ermöglichen es uns, an den Diskussionen mit den anderen EU-Ländern teilzunehmen. Die Bilateralen III sind damit ein Gewinn an Freiheit. Denn wir wollen frei sein und nicht isoliert. ■

Europa-Botschafter:innen gesucht

Der bilaterale Weg sichert der Schweiz Wohlstand und Planungssicherheit. Dafür braucht es starke, verlässliche Beziehungen zu Europa.

Wir bauen ein Netzwerk von Menschen auf, die bereit sind, sich öffentlich für eine konstruktive Europapolitik zu äussern.

Möchtest du dich für eine starke Schweiz in Europa einbringen?

Mach mit: Scanne den QR-Code oder fülle den Talon auf Seite 19 aus.



Innovation schlägt Ideologie

Wie wir den Wirtschaftsstandort Schweiz neu denken

• Von Nicholas Häny, Gründer von NIKIN und GLP-Einwohnerrat Aarau

Lange Zeit hiess es: Entweder wir fördern die Wirtschaft oder wir schützen die Umwelt. Als wir 2016 NIKIN gründeten, wollten wir genau diesen alten Grundsatz brechen. Heute, viele Erfahrungen und auch einige Fehlentscheide später, weiss ich: Wirksam wirtschaften heisst nicht, die Bremse zu ziehen – sondern das Unternehmen so aufzustellen, dass es Substanz schützt, statt sie zu verzehren. Eine intakte Natur ist kein «Nice-to-have», sondern das Fundament, auf dem wir alle stehen.

Kostenwahrheit statt erhobener Zeigefinger

Echter Umweltschutz braucht für mich keinen erhobenen Zeigefinger, sondern logische Regeln. Wenn Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoss etwas kos-

ten, wird Nachhaltigkeit plötzlich zum Rechenbeispiel. Das ist schlicht vernünftige Ökonomie: Wer vorausschauend plant, reduziert Risiken und bleibt wettbewerbsfähig. Wir spüren das im Alltag: Unsere Kundinnen und Kunden suchen keine PR-Versprechen, sondern echte Verantwortbarkeit. Vertrauen ist in der heutigen Zeit eine der härtesten Währungen überhaupt – gerade für unsere Schweizer KMU.

In der GLP setzen wir uns genau dafür ein: Wir verbinden den Schutz unserer Lebensgrundlagen mit marktwirtschaftlichem Geist. Wir fordern keine Verbote aus dem Elfenbeinturm, sondern eine ökologische Marktwirtschaft, die Innovationen tatsächlich belohnt. Es braucht Rahmenbedingungen, die Investitionen in

eine saubere Zukunft attraktiver machen als das Festhalten am Gestern – durch intelligente Lenkungsanreize, den Ausbau heimischer Energien und weniger bürokratische Hürden für Macherinnen und Macher. Als Unternehmer habe ich gelernt, dass Innovation Mut braucht. Umso wichtiger sind Rahmenbedingungen, die Fortschritt ermöglichen statt ihn zu verzögern.

Zukunftsorientiertes Wirtschaften

Für mich ist Wirtschaften im Einklang mit der Natur längst das «neue Normal». Es bedeutet Unabhängigkeit von fossilen Importen, starke Wertschöpfung in der Schweiz und ein Wohlstand, der nicht auf Kosten unserer Kinder geht. Packen wir es an! ■



▲ NIKIN-Gründer Nicholas Häny

//

Für mich ist Wirtschaften im Einklang mit der Natur längst das «neue Normal».

Wettbewerb, Forschung, Vertrauen

Die Kantonsrätin über die Schweizer Erfolgsfaktoren

- Mit Tabea Estermann, GLP-Präsidentin Kanton Zug

Die Welt steht an der Schwelle zur nächsten Innovationswelle – von künstlicher Intelligenz bis Biotech. Wir fragen die Zuger GLP-Kantonsrätin Tabea Estermann, was es jetzt braucht.



▲ Kantonsrätin Tabea Estermann

Was muss die Politik tun, damit wir unsere Standortvorteile in der Schweiz erhalten und ausbauen können?

Die Schweiz ist Weltspitze in Pharma, Präzisionsindustrie und ICT, weil sie Fleiss, offene Märkte und ein starkes Bildungssystem mit einem flexiblen Arbeitsmarkt

verbindet. Innovation schafft Wohlstand – und bringt Veränderung. Alte Industrien verschwinden und neue Chancen entstehen. Entscheidend ist der Wettbewerb um die besten Ideen, denn daraus entstehen Effizienz und echter Fortschritt. Der Staat ergänzt die Wirtschaft gezielt mit Grundlagenforschung und verlässlichen Rahmenbedingungen. Und weil in jedem Erfolg auch eine Prise Glück steckt, braucht es das Vertrauen, dass man aufgefangen wird, wenn man scheitert.

Wie gewinnt und behält die Schweiz die besten Fachkräfte, ohne dass sich die Leute im Land abgehängt fühlen?

Unsere Hochschulen gehören zur Weltspitze und ziehen die klügsten Köpfe an. Davon profitieren die Schweiz und die Welt – weil sowohl Schweizer als auch internationale Fachkräfte unter unseren guten Rahmenbedingungen Bestleistungen hervorbringen. Diese Wahl-Schweizerinnen und Schweizer sind wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft. Mit einer konsequenten Bekämpfung von Asylmissbrauch und aller Arten der Kriminalität schaffen wir gewinnbringende Migration.

Was kann die Politik konkret tun, damit KMU in Zeiten von Unsicherheit planen können?

Stabile Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn sind zentral. Für ein KMU ist es viel einfacher, einen geografisch und sprachlich zugänglichen Kunden in München zu gewinnen, als durch komplexe Märkte wie China oder Indien zu navigieren. Genau diese Nähe und Verlässlichkeit sichern wir mit der Weiterführung der bilateralen Verträge.

Was können andere Kantone von Zug abschauen – und umgekehrt?

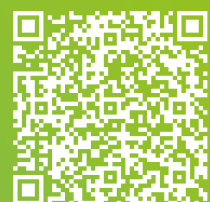
Die Verwaltung in Zug denkt und handelt dienstleistungsorientiert. Der Staat ist nicht Verwalter und Kontrolleur, sondern ein unternehmerisch agierender «Möglichmacher», der respektvoll und ergebnisoffen zuhört und die Probleme pragmatisch löst. Gerade in der Raumplanung und der Mobilität haben wir das Patentrezept aber noch nicht gefunden. Hier braucht es eine gute Zusammenarbeit mit anderen Ballungszentren – für smarte Lösungen, die wirklich funktionieren und eine hohe Lebensqualität schaffen. ■

KMU-Stimmen gesucht

Du führst ein KMU oder arbeitest in einem? Dann gib deiner Erfahrung eine Stimme. Wir bauen ein Netzwerk von Praktikerinnen und Praktikern aus der KMU-Praxis auf, die bereit sind, ihre wirtschaftspolitischen Ansichten nach aussen zu tragen.

Zu oft wird über KMU geredet. Hier sprichst du.

Mach mit: Scanne den QR-Code oder fülle den Talon auf Seite 19 aus.





Unsere Gewässer sollen sauberer werden

Die Idylle täuscht, viele Flüsse und Seen sind belastet

● Mit Fabienne Stämpfli, Nationalrätin (BE)

Sie ist am Thunersee aufgewachsen und wohnt noch immer dort. Das hat die Berner Oberländerin geprägt. Die Nationalrätin und ETH-Umweltingenieurin ist heute im Wasserbau tätig. Wo sie früher gebadet und Tiere beobachtet hat, wo sie im Winter Schlittschuhlaufen war, ist sie heute mit anderen Augen unterwegs. Mit denen einer Wissenschaftlerin.

Ihr liegt die Artenvielfalt und der Naturschutz am Herzen. Zentral ist für Fabienne Stämpfli, die Gewässer möglichst sauber zu halten. Denn dank Abwasserreinigungsanlagen und dem Phosphatverbot in Waschmitteln haben sich unsere Flüsse und Seen in den letz-

ten Jahrzehnten erholt. Zwar haben die Seen im Mittelland noch immer mit deutlich zu hohen Nährstoffeinträgen zu kämpfen, beispielsweise wegen intensiver Tierhaltung in diesen Gebieten, doch auf den ersten Blick geht es unseren Gewässern heute besser.

Unser Alltag fordert die Gewässer

Die Bundesstadt Bern ist bekannt für ihren Aareschwimm. Das sommerliche Baden in der Flusschlaufe rund um die Berner Altstadt ist derart beliebt, dass damit schon touristisch geworben wird. Ja mit dem «Aare Guru» hat der Aare-Schwimm gar eine eigene App, die vermeldet, wenn es «Spaghetti-Wasser» gibt,

bei dem selbst Gfrörli zum Schwimmen animiert werden.

Das alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Alltag die Wasserqualität stark belastet. Unser Nutzungsverhalten bedingt eine intensive Landwirtschaft. Gülle und Dünger haben vielerorts eine viel zu hohe Nitratbelastung der Gewässer zur Folge. Und Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Rückstände aus der Human- und Tiermedizin, Industrie- und Haushaltabwasser sowie Mikroplastik beispielsweise von Reifenabrieb führen zu zahlreichen Verunreinigungen, die unsere Wasserorganismen schädigen und Fische belasten können.



Ich verstehe natürlich, dass verschiedene Leute hier nicht genau hinschauen wollen. Das kann aber unsere Gesundheit gefährden und ist kurzfristig gedacht.

Schlagzeilen machten jüngst PFAS, die sogenannten Ewigkeitschemikalien, die auch beim Menschen das Krebsrisiko erhöhen können. In Stämpflis Region ist man zudem auf eine zunehmende Unfruchtbarkeit gestossen. «Woher diese herrührt, muss unbedingt untersucht werden. 80 Prozent des Trinkwassers der Grossregion Bern kommen ursprünglich aus dem Aare- und Emmental. Gibt es einen Zusammenhang? Genau das will man bislang aber nicht analysieren», so die GLP-Politikerin.

Wasser soll unbedenklich sein

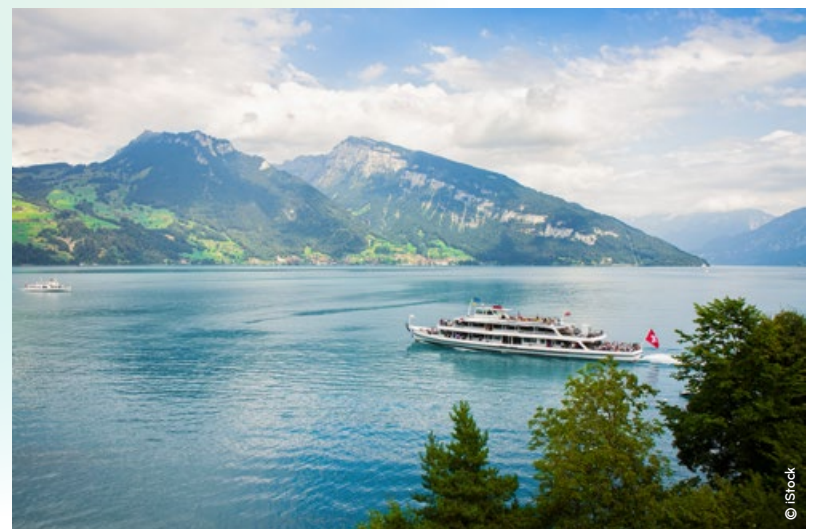
Wo Fische genau untersucht würden, dürften sie oft nicht mehr verkauft werden. «Ich verstehe natürlich, dass verschiedene Leute hier nicht genau hinschauen wollen. Das kann aber unsere Gesundheit gefährden und ist kurzfristig gedacht», betont Stämpfli.

Sie will nicht auf Alarmismus machen, «sondern den Hinweisen auf mögliche Probleme nachgehen und wenn diese tatsächlich bestehen, die Ursache eruiieren». Es gehe nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen, sondern den kommenden Generationen möglichst naturnahe und saubere Gewässer zu hinterlassen, die Krebse, Muscheln, Wasservögeln, Bibern und Libellen eine Lebensgrundlage bieten und zu Grund-

wasser führen, das unsere Gesundheit nicht gefährdet. «Dafür müssen wir das nötige Bewusstsein schaffen. Dafür brauchen wir verlässliche Daten und Grenzwerte, damit nicht alles schlimmer wird, sondern wir sukzessive für Verbesserungen sorgen können. Diese sind doch im Interesse aller – auch unserer Kinder und Kindeskinde», betont Fabienne Stämpfli. ■



▲ Nationalrätin Stämpfli setzt sich für sauberes Wasser ein.



▲ Der Blick auf den Thunersee.

Sie bräuchte einen Ausweis für die Überholspur

In Uri gründete sie die JGLP bevor es dort die Mutterpartei gab,
jetzt sitzt sie mit am Steuer der GLP Schweiz

• Mit Loa Wild, Präsidentin der JGLP und Urner Landrätin



//

*Keine zwei Wochen lang habe
ich es in meiner Zürcher WG ohne
Keyboard ausgehalten.*

Der Standort ist symbolträchtig. Auto um Auto rast Richtung Tessin oder vom Süden in den Norden. Hinter der Autobahn ragen Berge auf. Blickt man in die andere Richtung, sieht man einen Stall und Wiesen, aber dahinter begrenzen erneut Berge die Sicht. «Willkommen im Kanton Uri, willkommen in Erstfeld», begrüsst Loa Wild die Besucher.

Die Urnerin bräuchte eigentlich einen speziellen Führerschein. Einen nur für die Überholspur: Loa hat in ihrem Kanton die JGLP mitgegründet, bevor es eine Mutterpartei gab. Als letzte fehlende Kantonalpartei schloss die GLP Uri erst im Frühling 2022 diese Lücke in der Schweiz.



▲ Loa Wild beim Singen in ihrem Studio.

Heute präsidiert Loa Wild die nationale JGLP und sitzt in der Geschäftsleitung der GLP Schweiz. Sie studiert in Zürich, wohnt in Schlieren, kommt aber immer wieder zu ihren Eltern nach Altdorf. Hier sitzt sie schliesslich im Landrat, also im Kantonsparlament.

Hat Wild nur Politik im Kopf?

«Nicht nur. Eine grosse Leidenschaft ist auch die Musik», sagt sie. Keine zwei Wochen lang habe sie es in ihrer Zürcher WG ohne Keyboard ausgehalten, erzählt sie. «Dann habe ich es zügeln müssen.»

Zum Stall hat sie nicht geladen, um über biodynamische Landwirtschaft zu referieren, sondern um ihrem Hobby zu frönen. Im Landwirtschaftsgebäude ist ein halbprofessionelles Studio untergebracht. Gleich kommt ihr Produzent dazu, der noch rasch Getränke besorgt hat. Nun sitzt Loa Wild am Klavier, spielt dann einige Akkorde am Keyboard, damit ihr Produzent auf seinem Computer die Grundmelodie aufnehmen kann und schon singt die Politikerin vor dem Mikrofon.

Nein, in viele Mikros sprechen musste sie noch nicht, seit sie am 21. Februar zur Präsidentin der nationalen Jungpartei aufgestiegen ist. Aber der «Blick» war da. Der Artikel über sie hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst. «Viele Leute, die ich schon jahrelang nicht mehr gesehen habe, haben sich deswegen bei mir gemeldet», freut sie sich.

Sie beschreibt sich als ein Mensch, der das Glück habe, viele verschiedene Dinge auszuprobieren und Verantwortung zu übernehmen. «Und ich versuche dann das weiterzumachen, das ich kann.» Singen zum Beispiel.

Loa Wild bezeichnet ihren Stil als Tagebuch- oder Storytelling-Musik. «Sie entsteht einfach, wenn ich am Klavier bin. Wenn ich mir etwas selber erzähle.» Dann verpacke sie das mit ihrem Produzenten experimentell. «Meistens in Richtung Indie-Pop.»

In der Politik sei ihr die psychische Gesundheit wichtig. «Ich studiere ja Psychologie im Hauptfach und Politologie im Nebenfach.» Ansonsten hat sie sich die Nachhaltigkeit auf die Fahne geschrieben. Dabei gehe es ihr genauso um finanzielle Nachhaltigkeit, wie um soziale und natürlich ökologische Nachhaltigkeit. «Ich bin ja noch jung. Ich werde wohl in 50 Jahren noch hier sein. Ich gehöre zur Generation, die mit dem Klimawandel leben muss. Es ist mir extrem wichtig, dass wir uns schon jetzt bewusst sind: Da ist eine Krise, deren Konsequenzen wir tragen müssen.» Es sei an uns allen, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern zu handeln.

Vor fünf Jahren hätte sie nicht sagen können, wo sie heute steht

Beim anschliessenden Gang durch die Altdorfer Altstadt zeigt die Jungpolitikerin dennoch das, was die Jungen auszeichnet – und die Älteren neidisch macht: Unbeschwertheit. «Ich plane überhaupt nicht. Das sieht man an den letzten fünf Jahren: Ich hätte doch 2021 nie sagen können, wo ich heute stehe. Ich mache das, was mir Spass macht, was mich erfüllt. Wo ich etwas bewegen kann.» Das sei ihre Lebensphilosophie, sagt Wild vor dem Rathaus, in welchem sie im Urner Landrat Politik im Sinn der GLP macht. Es sei halt so gekommen. Ja, auch Politik sei eben ihre Leidenschaft. ■



© Martina Stürmlin



Attraktive Wohnquartiere schaffen

Für die GLP ist die Schweiz längst nicht fertiggebaut

● Mit Beat Flach, Nationalrat (AG)

Das wollen wir ändern: Fast alle kennen in urbanen Gebieten Familien, die schon lange eine grössere, aber bezahlbare Wohnung suchen, jedoch keine finden. Und zahlreiche ältere, teils alleinstehende Personen, die immer mehr Mühe bekunden, sich um ihr zu gross gewordenes Haus zu kümmern, aber sie bleiben darin. Bislang verfangen die wenigsten Rezepte gegen Wohnungsknappheit.

Die Knappheit entsteht nicht nur, weil zu wenig gebaut wird, sondern auch, weil unsere Ansprüche gewachsen sind. Sprich: Wir leben auf viel grösserem Raum

als frühere Generationen. Wir sind eine Gesellschaft mit einem erheblichen Anteil an kinderlosen Paaren und Singles.

Die Schweiz hat sich entschlossen, statt immer mehr Grünflächen zu verbauen, ihre Innenstädte zu verdichten. Jetzt müssen wir das auch tun. In verschiedenen Städten sind Brachflächen ungenutzt, könnten Häuser aufgestockt und leerstehende Büro- oder ehemalige Industriegebäude umgenutzt werden.

Eine Studie der ETH Zürich zeigt: Die städtische Innenverdichtung ist mach-

bar. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind dabei, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind: Erstens sollen die Um- und Neubauten ökologischen Kriterien standhalten und zweitens muss auch bezahlbarer Wohnraum entstehen.

GLP gibt Gegensteuer

«Es sind aber auch die langwierigen Verfahren, die Bauten verzögern und Investoren abschrecken», sagt der abtretende GLP-Nationalrat Beat Flach. Der Rechtskonsulent beim Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (SIA) kennt die Schwierigkeiten aus der

Praxis. «Hier geben wir im Parlament Gegensteuer.»

Ziel der GLP ist es, dass die Schweiz in eine neue Phase der aktiven Wohnraumentwicklung eintritt. «Wir wollen in verschiedenen Städten klimaneutrale Quartiere schaffen und so Familien und jungen Menschen Aussicht auf ein attraktives Daheim in der Nähe ihres Arbeitsplatzes geben und die Zersiedelung stoppen», so Flach.

Brachen schliessen

Die Schweiz ist nicht fertiggebaut. Die Generationen vor uns haben die Alpen erschlossen, Tunnel gebaut, Stauseen errichtet und das am dichtesten befahrene Bahnnetz der Welt erstellt. Damit haben sie die optimalen Voraussetzungen für die hohe Lebensqualität und den Wohlstand der kommenden Generationen geschaffen. Für die GLP ist dies Anstoss und Verpflichtung, dies auch

bei der aktuell grössten Dauerbaustelle zu tun: Beim Wohnungsbau. Gerade in innenstädtischen Gebieten liegt Potenzial brach. Wir schulden es den kommenden Generationen, diese Brachen zu (er-)schliessen. Städte sollen gerade für junge Familien finanziell, verkehrstechnisch und ökologisch attraktiven Wohnraum bieten und auch deren Kindern und Kindeskindern noch lange ein Zuhause geben. «So schaffen wir ein echtes Zukunftsprojekt», sagt Beat Flach.

Junge Haushalte müssen heute zum Start ihres Berufslebens rund ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben. In den 1990er-Jahren war es noch ein Fünftel. Junge Erwachsene bleiben immer länger bei ihren Eltern – nicht immer nur aus völlig freien Stücken, sondern weil es finanziell oft nicht anders geht. Deshalb wollen wir alle Städte, auf ihr Potenzial hin untersuchen und attraktive Wohnquartiere mit bezahlbaren Preisen schaffen. ■



▲ Nationalrat Beat Flach.

//

Wir wollen in verschiedenen Städten klimaneutrale Quartiere schaffen und so Familien und jungen Menschen Aussicht auf ein bezahlbares Daheim in der Nähe ihres Arbeitsplatzes geben.

Investition in die Zukunft

Die Familienzeit-Initiative stärkt Kinder und Eltern

- Mit Corina Gredig, Nationalrätin (ZH) und Fraktionschefin

Wenn ein Kind zur Welt kommt, beginnt für die Eltern eine prägende Zeit. Plötzlich ist da ein neues Familienmitglied, das viel Freude macht, Zeit benötigt, Hunger hat und den Schlaf raubt. Dem wird politisch in der Schweiz noch wenig Rechnung getragen. Heute hat der Vater gesetzlich gerade einmal Anrecht auf zehn Tage Papizeit. Hier schafft die Familienzeit-Initiative Abhilfe. Die GLP sammelt für sie derzeit schweizweit Unterschriften.

Die Volksinitiative will die Eltern mit zusätzlichen Elternzeittagen entlasten, in denen sie sich um das Neugeborene kümmern können. Die Väter sollen gleich lange zum Baby schauen dürfen wie die Mütter. Das stärkt ihre Bindung zum Kind und ermöglicht es, dass sich schwergewichtig erst der eine Elternteil und danach der andere dem Nachwuchs widmet. Diese Aufteilung macht es möglich, dass Mutter und Vater nach maximal je 18 Wochen wieder in einem höheren Pensum zurück in den Job kommen können.

Oft ist es heute nämlich an den Müttern, sich länger um das Kleinkind zu kümmern. Sie steigen dadurch viel später und häufig nur tageweise wieder in den Beruf ein. Das erschwert es für viele Frauen, Kar-

riere zu machen. Vor allem aber wird so das grosse Potenzial an inländischen Arbeitnehmenden viel zu wenig genutzt. Angesichts des heute herrschenden Fachkräftemangels ist dies volkswirtschaftlich unsinnig. Das soll verbessert werden.

«Wir behandeln Mütter und Väter neu gleich und schaffen damit bessere Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit», sagt Fraktionschefin Corina Gredig. «Davon profitiert letztlich die ganze Gesellschaft.»

Die Initiative bringt Frauen in Jobs

Eine Ecoplan-Studie geht davon aus, dass die Initiative einen sehr positiven Beschäftigungseffekt hat. Sie prognostiziert, dass dank der Familienzeit dem Arbeitsmarkt jedes Jahr rund 2500 Vollzeitbeschäftigte mehr zur Verfügung stehen. Meist handelt es sich hier um Mütter, die früher und in einem höheren Pensum in den Beruf zurückkehren. So werden innert 20 Jahren nicht bloss 50 000 zusätzliche Vollzeitstellen besetzt sein, sondern diese Arbeitnehmenden refinanzieren die Investitionen in die Familienzeit mit höheren Steuern

und Sozialversicherungsabgaben in dieser Zeit auch wieder.

«Damit ist die Familienzeit ein Generationenwerk, das unsere Gesellschaft egalitärer für die Zukunft macht und sich mittel- und langfristig selbst trägt», betont Gredig.

Die Familienzeit hilft darüber hinaus auch kleineren Unternehmen, einen Wettbewerbsvorteil der grossen wettzumachen. Denn viele Konzerne gönnen ihren Mitarbeitenden heute schon freiwillig grosszügigere Elternurlaube als die gesetzlich vorgeschriebenen. Doch für kleine Betriebe mit wenigen Angestellten ist es oft schwierig, längere Abwesenheiten zu organisieren. Mit der Familienzeit können wir diesen Nachteil vieler Väter und von kleineren Unternehmen beseitigen – und zahlreichen Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

«Die Familienzeit ist somit weit mehr als ein Ausbau bestehender Regelungen. Sie ist eine Investition in die Kinder, in die Eltern, in die Gleichstellung und in die wirtschaftliche Stärke der Schweiz», lautet Gredigs Fazit. ■

▼ Die Unterschriftensammlung ist lanciert.



▼ Zürcher Nationalrätin Corina Gredig.



Jetzt QR-Code scannen, Unterschriften-Bögen selbst drucken und Familienzeit-Initiative unterschreiben!



Sichere Freiheit im digitalen Raum

Für eine starke Schweiz im Internetzeitalter

• Von Patrick Hässig, Nationalrat (ZH)

Die digitale Welt ist längst Teil unseres Alltags. Wir arbeiten online, wir kommunizieren online, wir informieren uns online. Unsere Kinder wachsen selbstverständlich mit digitalen Werkzeugen auf. Das Internet ist zu einer zentralen Infrastruktur unseres Landes geworden – so wichtig wie Strassen, Strom oder Wasser. Doch während wir diese Infrastruktur täglich nutzen, ist sie noch immer ungenügend geschützt.

Das Internet ist Infrastruktur – und muss geschützt werden

Als Nationalrat setze ich mich für eine starke, innovative und gleichzeitig sichere Schweiz ein. Genau hier setzt die Internet-Initiative an. Sie will die digitale Resilienz unseres Landes stärken und klare Grundlagen schaffen, damit wir Cyberangriffe wirksam abwehren, Cyberkriminalität konsequent bekämpfen und Desinformation entschlossen entgegenzutreten können.

Die Bedrohungen sind real. Staatliche und nichtstaatliche Akteure greifen Unternehmen, Spitäler, Verwaltungen und Privatpersonen an. Daten werden gestohlen, Systeme lahmgelegt, Lösegeld erpresst. Gleichzeitig verbreiten sich gezielte Falschinformationen in rasanter Geschwindigkeit und untergraben das Vertrauen in unsere Institutionen und unsere Demokratie. Hinzu kommt, dass grosse internationale Tech-Konzerne

enorme Macht über digitale Kommunikationsräume ausüben. Wenn sich Hate Speech, Aufrufe zu Gewalt oder gezielte Desinformation über ihre Plattformen verbreiten, dürfen sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Die Internet-Initiative verfolgt deshalb ein klares Ziel: Sie schafft verbindliche Grundlagen für eine moderne Cybersicherheitsstrategie. Sie stärkt die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Wirtschaft und Forschung. Sie fördert Prävention und Aufklärung, damit insbesondere Kinder und Jugendliche sicher im Netz unterwegs sind. Und sie sorgt dafür, dass Straftaten im digitalen Raum mit der nötigen Konsequenz verfolgt werden können – und dass Plattformbetreiber ihren Beitrag leisten.

Klare Regeln statt Zensur

Die GLP steht für eine Politik, die Freiheit und Verantwortung verbindet. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen – für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität. Aber Freiheit im digitalen Raum braucht Sicherheit und klare Spielregeln. Wer öffentliche digitale Räume bereitstellt und wirtschaftlich davon profitiert, soll auch Verantwortung übernehmen. Die Internet-Initiative fordert deshalb, dass grosse Tech-Giganten stärker in die Pflicht genommen werden: bei der Bekämpfung von Hate Speech, bei der Eindämmung von Desinformation und bei der transparenten Moderation ihrer Inhalte. Es geht nicht um Zensur, sondern um rechtsstaatliche Rahmenbedingungen, die unsere demokratischen Werte auch online schützen. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen kön-

nen, dass ihre Daten geschützt sind, dass kritische Infrastrukturen widerstandsfähig sind und dass gezielte Manipulation erkannt und bekämpft wird, bleibt das Internet ein Raum der Möglichkeiten und nicht der Gefahr.



▲ Nationalrat Patrick Hässig

Gerade für ein exportorientiertes Land wie die Schweiz ist digitale Sicherheit ein Standortfaktor. Unsere Unternehmen sind auf verlässliche IT-Systeme angewiesen. Unsere Verwaltung muss auch im Krisenfall handlungsfähig bleiben. Und unsere direkte Demokratie darf nicht durch gezielte Desinformationskampagnen geschwächt werden. Die Verteidigung unserer digitalen Souveränität ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir sind überzeugt: Wer Fortschritt will, muss Sicherheit mitdenken. Die Internet-Initiative ist ein wichtiger Schritt, um die Schweiz fit zu machen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie stärkt unsere Widerstandskraft, schützt unsere Freiheit und sichert unseren Wohlstand.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für eine sichere, selbstbestimmte und zukunftsfähige digitale Schweiz. ■



Jetzt QR-Code scannen,
Unterschriften-Bögen
selbst drucken und
Familienzzeit-Initiative
unterschreiben!



Neue AKW sind zu teuer

Warum der Bau neuer Atomkraftwerke keinen Sinn macht

- Mit Martin Bäumle, Nationalrat (ZH)

Die GLP ist in der Regel gegen Verbote. Jetzt wehrt sie sich aber gegen die Blackout-Initiative, die das Technologieverbot aufheben will. Warum?

Falsch, wir haben gar kein Technologieverbot in der Schweiz. In unserem Land wird geforscht zur Nuklearenergie. Wir sind aber gegen teure Luftschlösser!

Das Neubauverbot für AKW soll aufgehoben werden. Warum ist die GLP dagegen?

Mit der Blackout-Initiative und dem Gegenvorschlag würden die selben Atomkraftwerke, wie wir sie heute schon kennen, wieder neu gebaut werden. Sie würden noch mehr gefährlich strahlenden Atommüll für Zehntausende Jahre hinterlassen, obwohl wir nicht einmal ein sicheres Lager für die heutigen Atomkraftwerke haben. Für den zusätzlichen atomaren Abfall müssten wir weitere Standorte für Tiefenlager evaluieren. Und noch etwas Entscheidendes...

Was?

Die für den Betrieb notwendige Uran-Anreicherung fördert die Verbreitung von Atomwaffen. Das ist der Grund, weshalb auch Schwellenländer nach Atomkraftwerken rufen. Kommt hinzu, dass der Uranabbau alles andere als sauber ist. Vor allem jedoch können wir uns nicht vor dem Schlimmsten schützen: vor dem Super-Gau. Hier bleibt ein Restrisiko, das sich nicht versichern lässt. Die neue AKW-Generation ohne gefährliche Abfälle, ohne Restrisiko und ohne Atomwaffenverbindung, von der immer geredet wird, gibt es noch lange nicht. Warum also sollten wir AKW wollen?

Um die Stromlücke im Winter zu schliessen?

Neue AKW kämen dafür zu spät. Wir brauchen jetzt sichere Lösungen. Neue Atomkraftwerke wären zudem zu teuer. Kein Unternehmen würde ohne massivste Subventionen und Erleichterungen bei

den Bewilligungen ein neues AKW bauen. Die Erneuerbaren, die Effizienz und der Ausbau der Speicher sind mehrheitsfähig, stehen bereit und funktionieren. Luftschlösser liefern keinen Strom! Wir müssen uns auf das Machbare fokussieren und solche gefährlichen Störmanöver wie die AKW-Träume stoppen.

Warum sollen das Träume sein?

Weil niemand ein neues AKW baut, ohne dafür Milliardensubventionen zu erhalten. Denn wer volkswirtschaftlich richtig rechnet, muss bei der Atomkraft die Risiken eines Super-Gaus mit Hunderten, wenn nicht Tausenden Milliarden Franken Schäden einpreisen. Richtig gerechnet entstehen so mindestens 5 bis 25 Rappen pro Kilowattstunde zusätzliche Kosten, womit die wahren Gestehungskosten für Atomstrom auf bis zu 40 Rappen springen. Schon ohne Versicherung, wie wir das derzeit in Grossbritannien schon sehen, müssten auch bei uns die Bürgerinnen und



Das atomare Restrisiko ist das Risiko, das uns den Rest gibt.

Bürger einen überrissenen Preis bezahlen – ob über die Stromrechnung oder höhere Steuern.

Aber wenn Steuererhöhungen drohen: Weshalb sind denn bürgerliche Parteien für neue Atomkraftwerke?

Diese Frage können SVP und die Freisinnigen sicherlich ganz einfach erklären. Ich bin gespannt auf die Antwort. – Klar ist: Die Atomfrage ist stark ideologisch geprägt. Die SVP war immer schon für Atom und glaubt dank Bundesrat Albert Rösti, Rückenwind zu haben. Die FDP war lange dafür, kurzzeitig gegen AKW und ist nun wieder für neue Atomkraftwerke.

Das hat mit dem jeweiligen Präsidium geändert.

Genau, die FDP fährt hier einen Zickzackkurs. Die SVP ist wenigstens konsequent. Bei den Freisinnigen wird mir schwindlig.

Entscheidend fürs Umdenken in der Schweiz war vor 15 Jahren Fukushima.

Fukushima hat die öffentliche Meinung, aber auch jene im Parlament stark verändert. Von links, über das politische Zentrum bis in die FDP hinein haben wir erkannt, dass die heutige Atomtechnologie weder ökonomisch noch ökologisch

gen Generation – und eben, die neuere Generation gibt es gar nicht!

Selbst unser Nachbarland Frankreich ...

... eben, Frankreich ist eine Atommacht! Die zivile Nutzung der Atomenergie war immer nur ein Feigenblatt, um die militärischen Absichten zu kaschieren und zu finanzieren. Und wenn man davor nicht die Augen verschliesst, ist die Technologie per se schon ein Problem. Die Gefahr der Proliferation, also der Weitergabe und Anreicherung von radioaktivem Material, noch nicht mal mitgedacht. Gäbe es tatsächlich eine Nukleartechnologie, die all die Nachteile nicht hat, wäre die GLP gesprächsbereit. Wir beteiligen uns aber nicht am Bau von milliardenschweren Luftschlössern.

Bleibt das Problem im Winter. In der kalten Jahreszeit haben wir das Risiko einer Stromlücke.

Deswegen bin ich offen dafür, dass die bestehenden Atomkraftwerke noch weiterlaufen, solange dies technisch möglich und sicher ist. Wahrscheinlich kommen wir auf eine AKW-Gesamtlaufzeit von 70 bis 80 Jahren. Natürlich kosten die Instandhaltung und der Betrieb immer mehr, aber das ist wohl knapp finanzierbar – allerdings auch nur, wenn der Staat weiter gewisse Risiken trägt. Parallel müssen wir die Alternativen weiter aufbauen und ergänzen.

Welche denn?

Neben den Erneuerbaren, der Effizienz, den Speichern und der Zusammenarbeit mit der EU bleibt ein gewisses Winterisiko. Wenn wir aber tatsächlich aus den Fossilien ausgestiegen und grundsätzlich auf Netto-Null sind, halte ich es für verkraftbar, wenn wir in kalten Wintern ab 2040 oder 2050 für einige Tage oder Wochen Gaskombikraftwerke, also GUD, anwerfen. Bis dann könnten diese schrittweise mit erneuerbaren Gasen oder erneuerbarem Methanol laufen. Und dies auf einem Preisniveau, bei dem die Produktionskosten im Winter vertret-

bar sind. Gerade weil in der winterlichen Mangelzeit der Strompreis höher sein dürfte, könnte ein GUD dann sogar ein Business Case sein.

A propos Business Case. Du sagst, es bräuchte Milliardensubventionen. Wie hoch müssten diese sein?

Laut meiner Kalkulation müssten die Subventionen mindestens in einer ähnlichen Grösse sein wie bei Alpinsolar, diese ist bei 60 Prozent begrenzt. Zudem müsste die Subvention schon in der Planungsphase laufen. Ähnliches sagen auch neuere Studien.

Und die Risikoversicherung?

Bei einem starken Erdbeben befürchten wir Schäden von bis zu 50 Milliarden Franken. Bei einem AKW-Unfall in der Schweiz hätten wir es aber mit realen Schäden von mehreren Hundert Milliarden bis zu mehreren Tausend Milliarden zu tun. Bei einem Super-Gau kann niemand mehr die Kosten tragen, weil grössere Gebiete für lange Zeit unbewohnbar sein dürften. Man könnte auch sagen: Das atomare Restrisiko ist das Risiko, das uns den Rest gibt.

War das das Schlusswort?

Mein Schlusswort wäre eher: Aus all den genannten Gründen ist der schrittweise Ausstieg richtig und wichtig. Die aktuelle Debatte um neue AKW ist umso absurder, weil die Alternativen heute schon sicher, finanzierbar sowie mehrheitsfähig sind – und bereitstehen. Und die Energiekosten wären geringer, wenn wir aus den Fossilien aussteigen.

Aber aus Klimasicht wären AKW doch eine gute Sache, nicht?

Auch nur bedingt. Bezüglich CO₂ schneiden Atomkraftwerke besser ab als fossile Produktionsanlagen. Aber gerade die Uran-Gewinnung, die Wiederaufarbeitung der Brennstäbe und ihre Lagerung haben hohe Risiken und andere Nachteile. Man sollte nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. ■



▲ Energiepolitiker Martin Bäuml.

eine Zukunft hat. Selbst ein moderner Industriestaat wie Japan hatte die Risiken nicht im Griff. Zum Glück drohen bei uns keine Tsunamis. Und unsere Atomkraftwerke sind dank vieler Nachrüstungen auch besser gerüstet gegen starke Erdbeben als die AKW in anderen Ländern. Aber ich war schon vor Fukushima aus den zuvor geschilderten Überlegungen gegen neue Atomkraftwerke der heuti-

Gemeinsam Zukunft gestalten

Ideen, Kritik, Vorschläge: Deine Stimme zählt!

- Gute Politik braucht mutige Bürgerinnen und Bürger

Lösungen entstehen im Austausch – mit Menschen, die Erfahrungen aus Beruf, Gesellschaft und Alltag einbringen. Politische Zyklen sind kurz, die Herausforderungen unserer Zeit nicht. Darum setzen wir auf offenen Dialog und bringen unterschiedliche Perspektiven in Sektionen, Netzwerken und Veranstaltungen zusammen.

In einer polarisierten Debattenkultur suchen wir Lösungen, die verbinden. Die Spannung zwischen individueller Freiheit, gesellschaftlicher Verantwortung und einer gesunden Umwelt ist unser Ausgangspunkt. Politik ist, was wir daraus machen: zukunftssicher, klar, liberal.

Du möchtest wissen, was bei der GLP läuft und mitgestalten? In der ganzen Schweiz engagieren sich Menschen in lokalen GLP-Sektionen, auch in deiner Region.

- **Mittendrin statt nur dabei**

In Sektionen und Netzwerken werden Themen aufgenommen, Positionen geschärft und Ideen weiterentwickelt. Dort beginnt politische Arbeit, vor Ort, nah an den Themen und aus der Praxis.

- **Übernimm Verantwortung**

Du willst mehr beitragen? Dann werde Teil unserer Arbeitsgruppen, Kampagnen oder Vorstände. Engagiere dich aktiv und präge die GLP mit.

- **Kandidiere für ein Amt**

Viele politische Wege beginnen auf lokaler Ebene. Wir unterstützen dich dabei, Verantwortung zu übernehmen und für ein Amt zu kandidieren.



Unsere Kantonalparteien

In allen Kantonen der Schweiz gestalten die Kantonalparteien aktiv die Zukunft mit. Erfahre mehr über die Aktivitäten und Positionen unserer Kantonalparteien.

grunliberale.ch/kantonalparteien

Mitdiskutieren ist gut. Mitgestalten ist besser.

Scanne den QR-Code oder fülle den Talon auf der rechten Seite aus, lege ihn in ein frankiertes Couvert und schicke es an die GLP Schweiz, Monbijoustrasse 30, 3011 Bern.

Du kennst jemanden, der gut zur GLP passen würde? Dann teile den Link unter dem QR-Code!



grunliberale.ch/mitmachseite

Impressum

Herausgeber: GLP Schweiz, Monbijoustrasse 30, 3011 Bern
Verantwortliche Redaktion: Martina Bühler und Team
Kontakt: schweiz@grunliberale.ch

Druckerei: Stämpfli AG, Bern
Layout: deeds, AG, Spiez
Auflage: 125 000 Exemplare



Das gpl Lab ist unsere Ideenwerkstatt.
Hier entstehen innovative Lösungen und Impulse
für eine zukunftsgerichtete Schweiz.



**Unsere Netzwerke:
Bring dich ein und mach
aus Ideen Politik!**



Die JGLP setzt sich dafür ein, dass die junge
Generation eine liberale und nachhaltige
Zukunft mitgestaltet. Sie bringt neue
Perspektiven in die Politik ein.

GLP Frauen

Die GLP Frauen machen sich für Gleichstellung und
bessere Rahmenbedingungen für Frauen in Politik
und Arbeitswelt stark. Sie greifen konkrete Anliegen auf
und bringen Themen wie Vereinbarkeit,
Kinderbetreuung und wirtschaftliche Teilhabe ein.

Cercle d'avenir

Der Cercle d'avenir ist unser Gönnerverein.
Mach mit und unterstütze die GLP ideell
und finanziell. Privatpersonen und Organisationen
können Mitglied werden.



Die queerGLP setzt sich aus Überzeugung
für Gleichstellung ein und macht LGBTIQ*
Themen in der Politik sichtbar.



Ich möchte ...

- GLP-Mitglied werden
- Europa-Botschafter:in werden
- KMU-Erfahrung teilen
- informiert bleiben

Meine Kontaktdaten

Vorname* _____ Name* _____
 Strasse / Nr.* _____
 PLZ / Ort* _____
 E-Mail* _____ Telefon _____
 Geburtsdatum _____

Mit * markierte Felder sind pflicht.

Mach mit und gewinne attraktive Preise!

1x Gewinne den Volkswagen ID.7 Tourer für 6 Monate im Clyde Abo – alles inklusive. * Gesponsert von der AMAG Gruppe.

1x Alpenflug im Elektroflieger
Gesponsert von der Fluggruppe Oberwallis, (fgo.ch) inkl. Austausch mit Nationalrat Matthias Jauslin

1x Probefahrt mit selbstfahrendem Fahrzeug in Otelfingen, inkl. Austausch mit Nationalrätin Barbara Schaffner

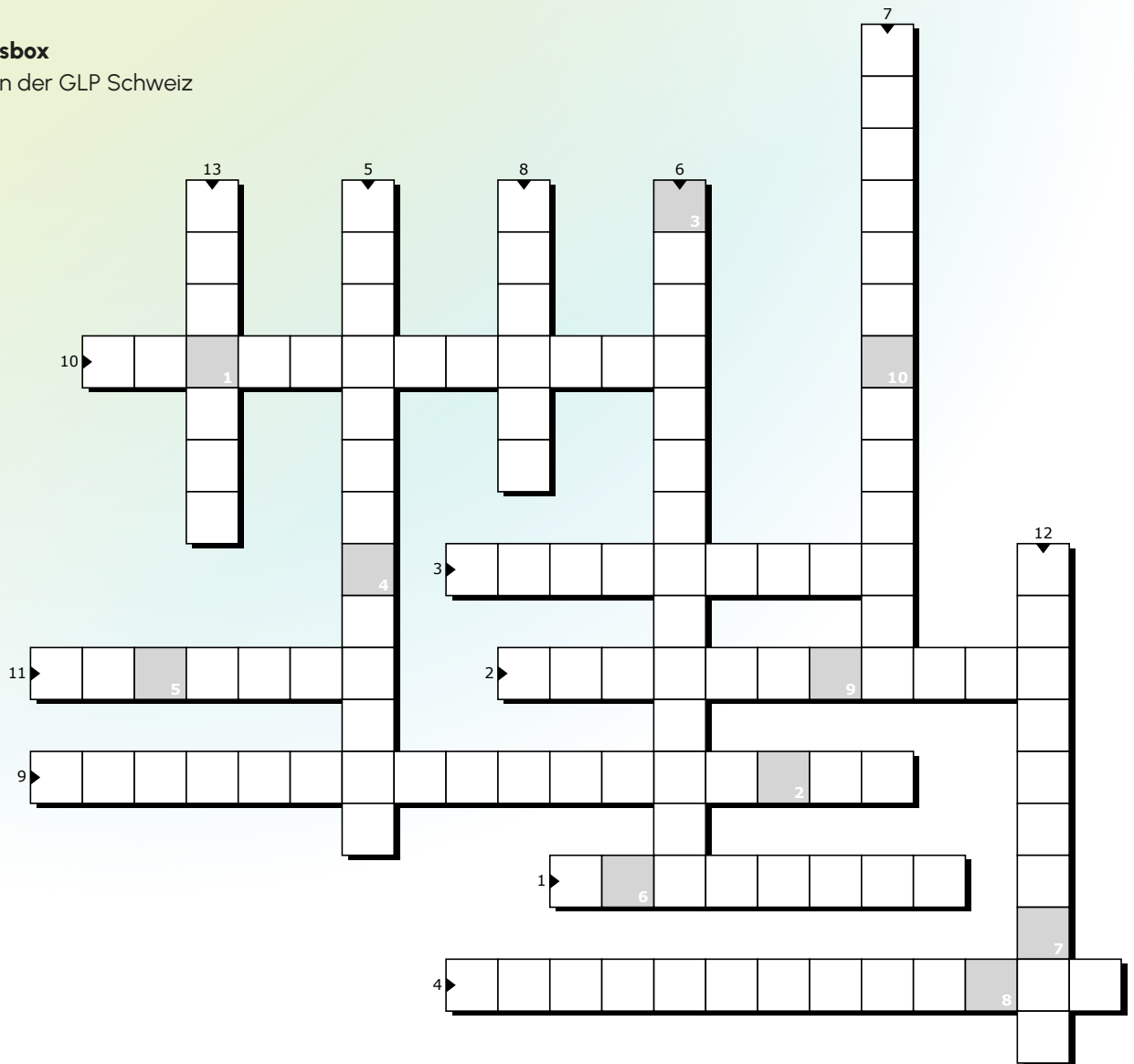
3x CHF 250.– NIKIN-Gutschein
Gesponsert von Nikin, inkl. Austausch mit Gründer Nicholas Hänni im «Treehouse» in Aarau

3x Überraschungsbox
Gesponsert von der GLP Schweiz



*Inklusive Strom, 1250 km Laufleistung pro Monat und Versicherung. Nach Wahl auch ein anderes, vergleichbares Fahrzeug möglich.

1. Unabhängigkeit von äusseren und inneren Zwängen
2. Einsatz von Kapital für künftigen Nutzen
3. Bereitschaft, neue Ideen und Meinungen zuzulassen
4. Grundlegende staatliche Einrichtungen und Netze
5. Pflichtbewusstsein gegenüber Gesellschaft und Staat
6. Grundrechte und Schutz aller Menschen
7. Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten
8. Unverzichtbare natürliche Ressource
9. Faire Möglichkeiten für alle Menschen
10. Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen staatlichen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden)
11. Kommende Zeit
12. Sitz von Parlament und Regierung der Schweiz
13. Grundlage für Wissen und Entwicklung



So machst du mit:



QR-Code scannen und Lösungswort aufschreiben, um an der Verlosung teilzunehmen.

Oder Talon mit dem Lösungswort und Adressdaten auf der Rückseite ausschneiden, in Couvert stecken, frankieren und an GLP Schweiz, Monbijoustrasse 30, 3011 Bern senden.

Lösungswort



Mit deiner Teilnahme erklärst du dich mit den Teilnahmebedingungen einverstanden. Details via QR-Code links.